

# Der goldene Käfig

ein Artikel von Oliver Janich und Thomas Wolf aus Focus Money, Ausgabe 30/2010

Spätestens seit der Finanzkrise wird in Politik und Gesellschaft wieder der Ruf nach dem „starken Staat“ laut. Warum dieser Weg eine Sackgasse wäre

Amerika, das Land der unbegrenzten Möglichkeiten? Patri Friedman kann da nur lachen. Für den Enkel des Wirtschafts-Nobelpreisträgers Milton Friedman sind die USA ein Ort der Bevormundung, der Regeln und Vorschriften – eigentlich keinen Deut besser als irgendein x-beliebiger Staat irgendwo sonst auf der Welt. Deshalb kann sich Patri seinen Traum von schrankenloser Freiheit auch nicht durch Auswandern erfüllen – wo sollte er schließlich hingehen? Seine Lösung heißt Seastead, eine Welt aus riesigen Flößen, die auf den Meeren treiben und Menschen wie ihm Heimat bieten. Zusammen sollen diese künstlichen Inseln dereinst einen Staat bilden, der seinen Bürgern keinerlei Vorschriften macht – die perfekte anarchistische Utopie.

**Renaissance des Staates.** Wohl nie zuvor klangen solche Ideen so exotisch wie derzeit. Denn momentan erlebt der starke Staat eine Renaissance, die noch vor Kurzem niemand erwarten konnte. Patris Großvater Milton Friedman hatte für ein Gemeinwesen plädiert, das zwar einen stabilen Ordnungsrahmen setzt, seine Bürger aber ansonsten unbehelligt lässt. Bei Politikern wie US-Präsident Ronald Reagan oder der britischen Ministerpräsidentin Margaret Thatcher waren diese Gedanken auf fruchtbaren Boden gefallen. „So wenig Staat wie möglich“, war zumindest in der Theorie die Leitlinie, Märkte wurden dereguliert, der Staat zog sich tendenziell zurück.

Spätestens seit Ausbruch der Weltwirtschaftskrise schwingt das Pendel jedoch in die Gegenrichtung. Mit gigantischen Summen – in den USA zwei Billionen Dollar, in der EU 750 Milliarden Euro – stützen Regierungen marode Märkte. Mehr Aufsicht und Regulierung, lautet die Devise von Washington bis Tokio. Auch abseits des Ökonomischen ist der Staat allgegenwärtig. Rauchverbot, Feinstaub-Grenzwerte, Lärmschutz-Normen, Ladenöffnungszeiten, Mindestlöhne, Mülltrennung, Tempolimit, Promillegrenzen, Lehrpläne, Lebensarbeitszeit, Hygienevorschriften, Datenschutz, Internet-Zugang, Bankkonten, Lebensmittel-Inhaltsstoffe, CO<sub>2</sub>-Ausstoß, Rundfunkgebühren: Nichts läuft mehr ohne Überwachung und Kontrolle.

Doch was hat diese Allzuständigkeit eigentlich gebracht? Ist der Staat die Lösung unserer Probleme – oder die Ursache? Wie viel Staat ist nötig, und gibt es Alternativen?

**Versagen der Märkte?** Was gibt es da noch zu diskutieren? Das fragen nicht nur erklärte Etatisten von links und rechts. Selbst in der „Mitte der Gesellschaft“ gilt als ausgemacht, dass nur ein starker Staat die Bürger vor Unbill schützt – ein bisschen weniger Freiheit ist da leicht zu verkraften. Und was soll daran auch falsch sein? Kaum ein Jahr ist es her, dass sich die Welt am Rand des Zusammenbruchs befand, es drohte das Ende des Finanzsystems mit unabsehbaren Folgen für alle. Wenn das kein Beweis für das Versagen freier Märkte ist, was dann? Haben nicht der Rückzug des Staates und seiner Behörden, fehlende Überwachung

und Kontrolle das Desaster erst möglich gemacht? Und waren es dann nicht die staatlichen Finanzspritzen, die den Kollaps verhinderten?

Das kann man freilich auch anders sehen. Ludwig von Mises, Begründer der österreichischen Schule der Nationalökonomie, erkannte schon vor rund hundert Jahren, dass der Wechsel von Boom-Perioden und Depressionsphasen das Ergebnis der Versuche sei, den Marktzins durch Kreditexpansion zu senken. Er lieferte damit eine exakte Beschreibung der Zinspolitik vor allem der US-Notenbank Fed, die mit billigem Geld die Märkte flutete und damit Anreize zu Fehlinvestitionen und übermäßiger Verschuldung auch der Privathaushalte setzte. Spekulationsblasen erscheinen da nur logisch. Mises beschrieb auch die Folgen: „Es gibt keine Möglichkeit, den finalen Zusammenbruch eines Booms zu verhindern, der durch Kreditexpansion erzeugt wurde. Die einzige Alternative lautet: Entweder die Krise entsteht früher durch die freiwillige Beendigung einer Kreditexpansion – oder sie entsteht später als finale und totale Katastrophe für das betreffende Währungssystem.“ Das staatliche Geldmonopol – das in den USA auf die offiziell unabhängige Fed übertragen wurde – erscheint somit als die Wurzel des Übels und die vermeintliche Therapie, mit Staatsknete den Kollaps zu verhindern, als Keim des endgültigen Zusammenbruchs.

**Vollkasko-Politik.** Mit der Geldschöpfung geben sich moderne Staaten nicht zufrieden. Längst schon wollen sie nicht nur den Ordnungsrahmen garantieren, der den Bürgern freie Entfaltung ermöglicht. Stattdessen propagieren sie einen Vor- und Fürsorgestaat, der in jeder Lebenssituation Schutz gewährt. Ihre Zuständigkeiten haben sie weit über die klassischen Aufgaben – innere und äußere Sicherheit, Justiz, auswärtige Beziehungen und Finanzverwaltung – hinaus ausgedehnt. So erinnern etwa die Befugnisse des Bundeskabinetts an einen öffentlich-rechtlichen Warenhauskatalog: Umwelt und Energie, Familie, Jugend, Senioren, Gesundheit, Pflege, Verkehr, Entwicklungshilfe, Wirtschaft, Kunst, Kultur und Wissenschaft, Bildung, Arbeitsmarkt, Inneres, Sport, Landwirtschaft, Ernährung, Renten, Verbraucherschutz.

**Alleinvertretungsanspruch.** Muss all das wirklich von staatlichen Stellen erledigt werden? Ja, meinen die Befürworter, denn nur so seien die nötige Sicherheit und Verlässlichkeit gewährleistet, die der Bürger erwarten darf. Zwingend erscheint diese Argumentation freilich nicht. Beispiel Altersvorsorge: Seit 1957 existiert in Deutschland ein umlagefinanziertes Rentensystem, alle Arbeitnehmer sind Pflichtmitglieder. Sie finanzieren mit ihren Beiträgen die Bezüge der Ruheständler – zumindest in der Theorie. In der Praxis ist die staatliche Rentenkasse längst pleite, pro Jahr muss das System mit Zuschüssen von rund 80 Milliarden Euro aus Steuergeldern gestützt werden. Alternativlos ist das nicht: So könnte sich der Staat da rauf beschränken, seine Bürger zur Altersvorsorge zu verpflichten, ihnen das Wie aber selbst überlassen. Egal, ob sie dann mit Hausbau, Lebensversicherung, Wertpapierdepot oder Goldvorräten vorsorgen – die Ergebnisse wären wohl kaum schlechter als die gesetzliche Rente. Die ist nämlich keineswegs mehr „sicher“, wie inzwischen sogar Sozialpolitiker der Regierung eingestehen.

Auch auf anderen Sektoren überzeugt der Alleinvertretungsanspruch des Staates nicht. Beispiel Bildung: Zahlreiche private Kindergärten, Schulen und Universitäten belegen, dass auch ohne staatlich besoldetes und beaufsichtigtes Personal und abseits der verordneten

starreren Raster erfolgreiches Lernen möglich ist. Im Gegenteil: Die Absolventen privater Schulen und Hochschulen erzielen häufig bessere Abschlüsse als die an staatlichen Einrichtungen Ausgebildeten. Warum wohl schicken Eltern ihre Kinder zunehmend auf private Bildungsinstitutionen, wenn sie die Möglichkeit dazu haben?

Ähnlich sieht es im Gesundheitswesen aus. Dass sogar im gegenwärtigen System durchaus profitabel gearbeitet werden kann, zeigen private Krankenhausbetreiber wie die Rhön-Kliniken oder die Asklepios-Kette. Die behandeln nicht etwa nur Privatpatienten und gewährleisten medizinische Versorgung auf hohem Niveau. Die von staatlicher Seite, meist Kommunen oder Landkreisen, betriebenen Häuser sind dagegen überwiegend defizitär. Und wie der aktuelle Hygieneskandal an zwei Münchner Kliniken zeigt, ist es um die Qualität der Versorgung an öffentlichen Einrichtungen nicht immer zum Besten bestellt. Ist es da wirklich abwegig, über die mangelnde Effizienz staatlicher Strukturen nachzudenken?

Selbst beim Verkehr – für Etatisten eine Domäne staatlichen Handelns – klaffen Anspruch und Realität weit auseinander. Obwohl die öffentliche Hand mit Maut und Kfz-Steuer deutlich mehr einnimmt, als sie für den Straßenbau ausgibt, sind die Verkehrswege vielerorts in beklagenswertem Zustand. S-Bahn-Chaos, Verspätungen und Sicherheitsmängel stellen dem öffentlichen Nahverkehr ein schlechtes Zeugnis aus. Warum also nicht mehr private Anbieter einbinden? Dass die – privatisierte – Bahn derzeit mit einer peinlichen Pannenserie aufwarten muss, spricht nur scheinbar gegen solche Lösungen. Denn trotz der geänderten Rechtsform ist die Deutsche Bahn immer noch ein Staatsunternehmen, bei dem sogar die Besetzung des Vorstands per Regierungsentscheid erfolgt.

**Wer soll das bezahlen?** Das Hauptargument der Privatisierungsgegner lautet mit schöner Regelmäßigkeit: Nur der Staat gewährleistet bezahlbare Leistungen für alle. In der Tat: Gute Bildung darf es eben nicht nur für die Kinder wohlhabender Eltern geben, auch sozial Schwache haben Anspruch auf medizinische Versorgung, Altersarmut kann keine Gesellschaft tolerieren, und Mobilität darf kein Privileg der Reichen sein, die sich die Mautgebühren eines privaten Straßenbetreibers leisten können.

Richtig ist aber auch: Müsste der Bürger nicht den Hauptteil seines Einkommens an den Staat abführen, hätte er weit größere Spielräume, um seine persönliche Lebensgestaltung zu finanzieren. Einem Facharbeiter blieben von seinem Bruttolohn rund 30 000 Euro mehr im Jahr, und selbst ein Niedriglöhner könnte Vermögen in nennenswertem Umfang bilden (s. Kasten l.). Überflüssig wäre der Staat keineswegs, denn eine Armee zur Landesverteidigung, Polizei und ein funktionierendes Justizwesen kann nur er gewährleisten, auch wenn Radikal-Libertäre sogar diese Bereiche privatisieren wollen. Aber das Gemeinwesen käme mit deutlich geringeren Mitteln aus, wenn es sich auf seine Kernaufgaben zurückziehen würde.

Denn innere und äußere Sicherheit verschlingen keineswegs Unsummen, wie landläufig immer noch gern behauptet wird. Lediglich knapp drei Prozent des Bruttonettoprodukts (BIP) gibt beispielsweise die Bundesrepublik laut Eurostat für diese Sektoren aus (s. Kasten r.). Weit mehr Geld fließt in das Sozialwesen oder die Gesundheit. Laut dem Kieler Institut für Weltwirtschaft machen allein die Subventionen etwa 150 Milliarden Euro pro Jahr aus. Und die allgemeine Verwaltung, die in einem schlanken Staat wesentlich zurückgefahren

werden könnte, kostet rund sechs Prozent des BIP – mehr als Bildung und Umweltschutz zusammen.

**Der Preis der Freiheit.** Und welche Kosten kämen im Minimalstaat auf den Bürger zu? Der Wirtschaftsethiker Gerd Habermann verweist auf alte Traditionen: „Schon in der Bibel ist vom Zehnten die Rede. Das halte ich auch heute noch für angemessen.“ In der Tat: Würde der Staat zehn Prozent des BIP an Steuern einnehmen, wäre neben den Ausgaben für Sicherheit und die wirklich notwendige Verwaltung sogar noch Luft für Bildung, Kindergärten oder Straßenbau. Der neuzeitliche Sozialstaat erscheint somit hauptsächlich als Umverteilungsmaschinerie, die Freiheiten beschneidet und Gestaltungsmöglichkeiten einschränkt. Blicke das Geld in den Taschen der Bürger, die es schließlich auch erwirtschaften, wären private Altersvorsorge, die Ausbildung der Kinder oder Aufwendungen für Gesundheit für alle finanzierbar.

Eine Utopie? Vielleicht, aber auch nicht unrealistischer als die Vorstellung vom starken Staat, der den Bürgern alle Probleme abnimmt. Zumal ein Minimalstaat einen Zuwachs an Eigenverantwortung und Freiheit brächte, den schon der Nationalökonom Friedrich August von Hayek als den größten Vorteil eines privatwirtschaftlichen Systems beschrieb. Anarcho-Libertäre wie Patri Friedman glauben nicht, dass die Mehrheit ihrer Mitbürger solche Träume teilt. Da bleibt wohl nur der Rückzug auf die künstliche Insel.

## [Kasten links] Die 1-Drittel-Netto-Gesellschaft

Den meisten Bürgern ist nicht bewusst, wie viele Abgaben und Steuern sie zahlen. Das liegt auch daran, wie die Abzüge in der Gehaltsabrechnung ausgewiesen werden: Beim Bruttogehalt ist der Arbeitgeberanteil bereits abgezogen. Würde der Staat keine Abgaben erheben, bekäme der Arbeitnehmer diese Gesamtsumme, also inklusive Arbeitgeber- und Arbeitnehmeranteil zur Sozialversicherung ausbezahlt. Der Wirtschaftspublizist Günter Ederer hat errechnet, wie hoch die tatsächlichen Abzüge eines Facharbeiters sind. Dabei wurden auch Verbrauchssteuern berücksichtigt, die zusätzlich aus dem Nettolohn bezahlt werden müssen.

echtes Brutto (mit Arbeitgeberanteil)	3962 Euro
„Brutto“ (abzüglich Arbeitgeberanteil)	3116 Euro
„Netto“ (abzüglich direkter Steuern und Sozialabgaben)	1948 Euro
echtes Netto (abzügl. Mehrwert-, Verbrauchssteuern)	1163 Euro

Quelle: Günter Ederer

### Wohlstand für alle

Wie viel Geld bliebe den Bürgern, würde ihnen ihr Einkommen ganz oder zum größten Teil selbst überlassen? Im obigen Beispiel hätte ein Facharbeiter 2599 Euro pro Monat mehr

übrig. Das entspricht 31 188 Euro im Jahr. Der echte Bruttostundenlohn bei einer 40-Stunden-Woche und sechs Wochen Urlaub läge bei 25,83 Euro. Aber selbst Arbeiter mit Niedriglöhnen kämen noch auf erhebliche Einsparungen. Ein Arbeitnehmer mit einem ausgewiesenen Bruttostundenlohn von zehn Euro käme auf 18 400 Euro im Jahr. Müsste er keine Sozialabgaben zahlen, blieben ihm 7360 Euro, ohne Lohnsteuer sogar etwa 10 000 Euro mehr pro Jahr. Damit könnte er sich komfortabel privat absichern. So gibt es eine Krankenversicherung mit hoher Selbstbeteiligung von 3000 Euro pro Jahr schon für 130 Euro im Monat. Die Selbstbeteiligung wäre aus dem Mehrverdienst von 10 000 Euro im Jahr problemlos finanzierbar, zumal schwere Erkrankungen kaum jedes Jahr aufs Neue auftreten. Kleinigkeiten wie Hustenmittel wären ohne Schwierigkeiten selbst zu zahlen. Die Ausgaben für die Krankenversicherung wären durch die Ersparnis bei den Verbrauchssteuern, die bei niedrigen Staatsausgaben gering ausfielen, gedeckt. Nach 40 Jahren würden aus einem jährlichen Mehrverdienst von 10 000 Euro bei einem Zinssatz von fünf Prozent mehr als 1 240 000 Euro. Ohne die durch das staatliche Geldmonopol verursachte Inflation würde der Arbeitnehmer überdies vom technischen Fortschritt profitieren und könnte sich mehr leisten, da Waren billiger würden. Diese Produktivitätssteigerung ist im Beispiel mit drei Prozent jährlich berücksichtigt.

Stundenlohn	Zinssatz	Produktivitätsfortschritt	Ansparsumme 30 Jahre	Ansparsumme 40 Jahre
10€	5%	0	682400€	1240000€
10€	5%	3%	1182000€	2700000€
5€	5%	0	341200€	620000€
5€	5%	3%	591000€	1350000€

## [Kasten rechts] Wie viel Staat ist nötig?

Betrachtet man alle öffentlichen Haushalte – die des Bundes, der Länder und der Gemeinden – zusammen, zeigt sich, wie der Staat das Geld seiner Bürger verwendet. Die jüngste Erhebung des Statistikamts der EU – Eurostat – datiert zwar aus dem Jahr 2001, an den Gewichtungen hat sich aber seither kaum etwas geändert. Für Befürworter eines Minimalstaats sollte sich das Gemeinwesen auf innere und äußere Sicherheit beschränken. Dazu gehören Justiz, Polizei, Feuerwehr, Grenzschutz und Verteidigung. Diese Ausgaben machen zusammen nur 2,8 Prozent des Bruttosozialprodukts aus. Für den Straßenbau gab die Bundesrepublik 17 Milliarden Euro aus, was etwa 0,85 Prozent entspricht. Dieser Betrag wäre durch die Mineralölsteuer von etwa 35 Milliarden Euro doppelt abgedeckt. Die Ökosteuern verschlingt weitere 14 Milliarden Euro. Damit könnten auch noch Kindergärten finanziert werden, die etwa zehn Milliarden Euro kosten. Eine allgemeine Mehrwertsteuer von zehn Prozent würde also ausreichen, um sogar noch die Bildung mitzufinanzieren. Die allgemeinen Verwaltungskosten bestehen zum Großteil aus Zinszahlungen.